

W WELS Büro des Bürgermeisters	
Eingel. am	13. März 2026
Tgb.Nr.	51119

Pfarrgasse 7 • 4600 Wels
T. 07242 45125
bezirk-wels@fpoe.at
www.wels-aktuell.at

Wels, am 13. März 2026

Dringlichkeitsantrag

Die FPÖ-Fraktion stellt gemäß §18 Absatz 5 StW. 1992 iVm § 7 GOGGR für die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wels am 16. März 2026 folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Dringlichkeitsantrag entspricht den Formerfordernissen nach § 7 Abs 1 GOGGR.

Der Gemeinderat der Stadt Wels fordert die Bundesregierung und den Nationalrat auf, die folgenden Maßnahmen zu setzen, um den Anteil der außerordentlichen Schüler in den Volksschulen zu senken:

- 1) Verpflichtende Deutschförderkurse am Nachmittag sowie eine verpflichtende Deutsch-Sommerschule im August.
- 2) Eine Ausdehnung der Kindergartenpflicht ab dem dritten Lebensjahr für alle Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen.
- 3) Eine Sprachstandsfeststellung mit drei Jahren und eine Überprüfung des Sprachfortschritts im Rahmen der Eltern-Kind-Untersuchungen.
- 4) Sanktionen bis hin zur Streichung von Familienleistungen bei Verletzung der Mitwirkungspflicht der Eltern am Spracherwerb oder bei fehlendem Sprachfortschritt der Kinder.

Begründung

Wie der medialen Berichterstattung zu entnehmen ist, beträgt der Anteil an außerordentlichen Volksschülern in der Stadt Wels 25,4%. Schon vor Jahren hat die Stadt Wels begonnen, die gesetzlich festgelegte Sprachförderung in den Kindergärten massiv auszubauen und diese bereits im dritten Lebensjahr zu beginnen. Aber die hohe Prozentzahl von 25,4% zeigt, dass es weiterer Maßnahmen bedarf, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Der Spracherwerb ist nicht nur Sache der öffentlichen Bildungsinstitutionen, sondern vor allem auch Elternpflicht. Ohne weitere Maßnahmen und Ermächtigung der Bildungseinrichtungen zu Sanktionen seitens der Bundesregierung wird das Problem der fehlenden Deutschkenntnisse von Volksschülern nicht in den Griff zu bekommen sein.

Begründung zur Dringlichkeit

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Notwendigkeit, dass die geforderten Maßnahmen so schnell wie möglich eingeführt werden sollen, um eine weitere Verschärfung des Problems zu verhindern.

Berichterstatter Vzbgm. Gerhard Kroiß

Für die freiheitliche Fraktion



Beschluss des Gemeinderates

vom..... 16.03.26

Antrag

~~einstimmig~~ - mit Stimmenmehrheit
angenommen - ~~abgelehnt~~ - zurückgestellt

Der Vorsitzende:



13 JA (FPÖ, MFG)
13 NEIN (SPÖ, GRÜNE, NEOS)
2 ENTH. (ÖVP)